Nummer 557

Berliner Börsen-Zeitung

Morgenausgabe • Preis 10 Pfennig. 71. Jahrgang. Sonnabend, 28. November 1925

Als Beilagen erscheinen: Der vollständige Kurszettel der Berliner Börse, die Steuerpraxis, Praxis des Arbeitsrechts, der Handel mit dem Osten und viele tabellarische Übersichten, Der deutsche Beamte

Für Manuskripte übernimmt unser Verlag keine Verantwortung | Reise- und Bäder-Beilage sowie „Welt und Wissen", tägliche Unterhaltungsbeilage mit Roman | Unverlangt eingeschickte Manuskripte werden nicht berücksichtigt

Verantwortl. Leiter Handelsteil: W. Funk Berlin. Polit. Teil: Dr. Paul Oestreich, Berlin. Kunst, Wissenschaft und Lokales: F. Köppen Berlin-Friedenau. Inseratenteil: H. Ronglewsky Berlin-Charlottenburg. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung Druckerei und Verlag, Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstraße 37

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37
Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten

Fernsprecher: Für den Handel Zentrum 8669; für Politik, Kunst und Lokales Zentrum 243, für die Expedition Zentrum 12352 und für die Druckerei Zentrum 2488

Anzeigenpreis: Die 12gespaltene Zeile 1,— Rmk., Stellungsuchende 0,50 Rmk., Reklamezeile 5,— Rmk. Bezugs-Preis: Monatlich 6,00 Rmk. Die Zeitung erscheint in der Woche zwölfmal. Bestellungen nehmen Zeitungsspediteure unsere Geschäftsstelle und alle Postanstalten des Deutschen Reiches entgegen. Auslands-Bezug nur unter Streifband. Bestellungen sind direkt an unsere Geschäftsstelle zu richten. Der Bezugspreis beträgt im IV. Quartal 1925 für Amerika 9 Dollar, Frankreich 175 französische Francs, Belgien 200 belgische Francs, Schweiz 50 schweizerische Francs, Holland 22,50 holländische Gulden, Dänemark 50 dänische Kronen, Schweden 30 schwedische Kronen Norwegen 60 norwegische Kronen, England 40 Schilling, Italien 200 Lire, Rumänien 2000 rumänische Lei, Spanien 70 spanische Pesetas, Tschechoslowakei 300 tschechische Kronen, Brasilien 90 Milreis, Argentinien 26 Pesos, Serbien 925 Dinar; für den Monat November 1925 nach Oesterreich, Ungarn, Polen 10,50 Rmk., Litauen 30 Lit, Lettland 775 lettische Rubel, Finnland 125 finnische Mark, Estland 1300 estländische Mark

Telegramm-Adresse: „Börsenkrone" | Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts | Postscheck-Konto: Berlin Nr. 26412

Der Locarno-Vertrag in dritter Lesung angenommen

Die dritte Lesung der Locarno-Vorlage der Reichsregierung hat gestern ihre parlamentarische und von politischen Zwischenfällen ungestörte Erledigung gefunden. Die Debatte entwickelte sich ohne jede innere Anteilnahme des Hauses ihrem Ende entgegen. Die beiden Mittelparteien, die ihre Bedenken gegen das Inkrafttreten der Verträge ohne sichtbare Rückwirkungen in entsprechenden Anträgen zum Ausdruck gebracht hatten, die Wirtschaftliche Vereinigung und die Bayerische Volkspartei, ließen durch die Abgeordneten Fehr und Dr. Leicht noch einmal ihre Haltung begründen und mitteilen, wie sie sich bei der Abstimmung verhalten würden. Bayerische Volkspartei, Bayerischer Bauernbund und Welfen stimmten für die Verträge (§ 1), aber gegen die Ermächtigung zum Eintritt in den Völkerbund (§ 2), die Wirtschaftspartei erklärte sich sowohl gegen die Verträge als auch gegen den Eintritt in den Völkerbund. Im Namen der Reichsregierung gab der Staatssekretär im Reichsministerium des Innern, Zweigert, eine Erklärung ab, die den Standpunkt der Regierung zu der Frage der Verfassungsmäßigkeit des Locarnogesetzes darlegte und der bekanntlich dahin geht, daß nach der juristischen Lage die qualifizierte Zweidrittelmehrheit für das Gesetz nicht nötig sei. Nach einer scharfen Agitationsrede des völkischen Abgeordneten von Graefe erhielt noch einmal Graf Westarp das Wort zu einer Erklärung, die die Haltung der Deutschnationalen zu den Locarno-Verträgen programmatisch kurz auseinandersetzte und das deutschnationale Mißtrauensvotum gegen die Regierung begründete.

Dann begannen bald nach 5 Uhr die Abstimmungen, die durch die verschiedenen Zusatzanträge, besonders zu dem Völkerbundsparagraphen des Locarno-Gesetzes, sehr kompliziert waren und nicht weniger als sechs namentliche Abstimmungen erforderten. Die Gesamtabstimmungen über die drei Paragraphen und das Gesetz wurden regelmäßig mit einer starken Mehrheit von 270 bis 300 Stimmen gegen etwa 170 bis 180 Stimmen angenommen. Angenommen wurde auch die Entschließung der Mittelparteien, die, um der Aktion der Bayerischen Volkspartei die Spitze abzubrechen, die Reichsregierung auffordert, für Erweiterung der Rückwirkungen vor Eintritt in den Völkerbund zu sorgen. Irgendwelche Bindungen der Reichsregierung sind in diesem Antrage aber ängstlich vermieden.

Abgelehnt wurden natürlich der Mißtrauensantrag gegen die Regierung und der Antrag der Deutschnationalen, der für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund ein besonderes Gesetz fordert.

Bald nach 6 Uhr war das Locarno-Werk sanktioniert. Eine innere Befriedigung empfand abgesehen von den Pazifisten und Sozialisten niemand.

Die Abstimmungen.

Beantragt sind insgesamt sechs namentliche Abstimmungen.

Zunächst wird namentlich abgestimmt über den Artikel I, der die Zustimmung zu den Locarnoverträgen enthält. Dagegen stimmen die Deutschnationalen, die Völkischen, die Kommunisten und die der Wirtschaftspartei angehörenden Mitglieder der Wirtschaftlichen Vereinigung.

Artikel I wird mit 300 gegen 174 Stimmen angenommen.

Daran schließt sich die Abstimmung über den deutschnationalen Abänderungsantrag zu Artikel II, wonach für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund ein besonderes Gesetz erforderlich sein soll. Der Antrag wird mit 284 gegen 183 Stimmen bei 4 Enthaltungen abgelehnt.

Es folgt dann die namentliche Abstimmung über Artikel II, der den Beitritt zum Völkerbund ausspricht.

Artikel II wird mit 278 gegen 183 Stimmen bei 6 Enthaltungen angenommen.

In einfacher Abstimmung stimmt das Haus dann auch dem Artikel III der Vorlage zu, wonach das Gesetz an dem auf die Verkündigung folgenden Tage in Kraft tritt.

Es folgt die namentliche Schlußabstimmung über das Locarno-Gesetz. Sie ergibt die

Annahme des Gesetzes mit 291 gegen 174 Stimmen bei 3 Enthaltungen.

Dagegen stimmten die Deutschnationalen, die Kommunisten, die Völkischen und die Wirtschaftspartei.

Präsident Löbe stellt fest, daß eine Zweidrittelmehrheit nicht erreicht sei. Er betont aber, daß er damit zu der Frage der Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes keine Stellung nehme.

Die Entschließung der Bayerischen Volkspartei wird dann gegen die Antragsteller, die Wirtschaftliche Vereinigung und einen Teil der Völkischen abgelehnt. Angenommen wird die Entschließung der Mittelparteien. Sie lautet: „Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung aufzufordern, **mit allen Kräften bemüht zu sein, bis zum Eintritt Deutschlands in den Völkerbund eine dem Sinne des Vertragswerks von Locarno entsprechende Erweiterung der sogenannten Rückwirkungen zu sichern.**" Gegen die Entschließung stimmten die Kommunisten, die Völkischen und die Deutschnationalen.

Das Haus geht dann über zur namentlichen Abstimmung über den völkischen Antrag, die Verkündung des Gesetzes um zwei Monate auszusetzen. Die Deutschnationalen enthalten sich dabei der Abstimmung. Die Auszählung ergibt 64 Stimmen dafür und 308 Stimmen gegen den Antrag. 109 Abgeordnete haben sich enthalten. (Lebh. hört! hört! bei den Komm.)

Präsident Löbe stellt fest, daß das erforderliche Drittel nicht erreicht sei.

Der kommunistische Antrag, der die gleiche Forderung enthält, und der Dringlichkeitsantrag der Mittelparteien sind damit erledigt.

Es folgen die

Abstimmungen über die vorliegenden Mißtrauensanträge.

Große Heiterkeit erregt es, als Präsident Löbe von einem unbegründeten Mißtrauensvotum der Kommunisten spricht. Er meinte, ein ohne Begründung vorliegendes Mißtrauensvotum.

Der völkische Mißtrauensantrag wird in einfacher Abstimmung gegen Völkische und Kommunisten abgelehnt; der kommunistische Antrag ist damit erledigt.

Es wird dann die namentliche Abstimmung über

das formulierte Mißtrauensvotum der Deutschnationalen

vorgenommen. Dafür stimmen mit den Antragstellern nur die Völkischen. Die Kommunisten und die Wirtschaftliche Vereinigung enthalten sich der Abstimmung. **Das Mißtrauensvotum wird mit 285 gegen 121 Stimmen bei 61 Enthaltungen abgelehnt.**

Abg. Stöcker (Komm.) erklärt nachträglich, daß das deutschnationale Mißtrauensvotum sich bewußt und absichtlich auf die Mißbilligung der Außenpolitik beschränke. Es enthalte daher indirekt eine Billigung der Innenpolitik des Kabinetts Luther. Aus diesem Grunde hätten die Kommunisten Stimmenthaltung geübt.

Damit ist die Locarno-Vorlage endgültig erledigt.

Der Reichskanzler Dr. Luther und Außenminister Dr. Stresemann werden von verschiedenen Abgeordneten beglückwünscht.

*

Die drei Abgeordneten, die bei der Schlußabstimmung über die Locarno-Vorlage sich der Stimme enthalten haben, sind die Mitglieder der Bayerischen Volkspartei: Frau Lang-Brumann, Merck und Rauch-München.

(Sitzungsbericht Seite 2.)

Briand hat sein Locarno-Kabinett gesichert.

Paris, 27. November.

Um 8 Uhr abends (9 Uhr deutscher Zeit) verbreitet Havas folgende Ministerliste, die allerdings noch kleine Abänderungen erfahren könnte:

Ministerpräsident und Auswärtiges: Briand, Sozialrepublikaner.
Justizminister: Chautemps, Radikal.
Inneres: Daladier, Radikal.
Finanzen: Loucheur, radikale Linke.
Kriegsminister: Painlevé, Sozialrepublikaner.
Marine: George Leygues, Linksrepublikaner.
Unterricht: Roustau, Radikal.
Handelsminister: Daniel Vincent, radikale Linke.
Oeffentliche Arbeiten: de Monzie, Radikal.
Arbeitsminister: Durafour, Radikal.
Kolonien: Senator Perrier, Radikal.
Landwirtschaft: Durand, radikaler Senator.
Unterstaatssekretariat für das Ministerpräsidium und Auswärtige Angelegenheiten: Abgeordneter Laval, parteilos.
Technischer Unterricht: Pierre Rameil, Sozialrepublikaner.
Luftschiffahrt: Eynac, Sozialrepublikaner.
Kriegsministerium: Ossola, Radikal.
Handelsmarine: Danielou, radikale Linke.

*

Somit hätte Briand also glücklich sein ordnungsgemäßes Kabinett fertig und, da ja voraussichtlich Präsident Doumergue die Liste des neuen Kabinetts annehmen wird, kann Briand als rechtsgültiger Vertreter Frankreichs zur Unterzeichnung des Locarno-Vertrages nach London fahren.

Die Haltung des französischen Linkskartells gegenüber Briand.

Ausnutzung jeglicher Verständigungsmöglichkeit.

EP Paris, 27. November.

Die Kartellgruppen außer den Sozialisten befaßten sich heute mit der durch die letzten Ereignisse, vor allem durch die sozialistische Haltung geschaffene politische Lage. Einstimmig wurde festgestellt, daß die drei Linksgruppen entschlossen seien, ihr möglichstes zu tun, um eine Verbindung mit den Sozialisten aufrecht zu halten und jede Verständigungsmöglichkeit auszunutzen. Bei den Sozialisten soll eine Demarche unternommen werden, um auf sie in diesem Sinne einzuwirken. Gegenüber dem zu bildenden Kabinett soll eine abwartende Haltung eingenommen werden, wenn auch die Wahl Briands als Ministerpräsident allgemein gebilligt wurde. Milhaud stellte fest, daß die drei übrig bleibenden Kartellgruppen, also die Radikalsozialisten, die sozialistischen Republikaner und die Linksradikalen zusammen mit den Linksrepublikanern und der unabhängigen Linken für ein linksorientiertes Kabinett Briand 275 bis 280 Stimmen aufbringen würden. Malvy wurde beauftragt, Briand dies mitzuteilen und auch um ergänzende Erklärungen zu ersuchen.

In einer Nachmittagssitzung erstattete dann Malvy Bericht über die Unterhaltung, die er mit Briand hatte. Briand hatte ihn befragt, ob er auf die radikale Partei rechnen könne, worauf Malvy entgegnete, daß sie von der Wahl der Minister und der Orientierung des Regierungsprogramms abhänge. Briand erklärte, daß er eine ähnliche Wahl wie seine Vorgänger treffen werde, mit Ausnahme einer einzigen, weiter rechtsstehenden Persönlichkeit (Leygues). Hinsichtlich des Finanzprogramms erklärte er dasjenige des Kabinetts Painlevé aufgreifen zu wollen, jedoch unter verschiedenen Aenderungen, die den Kundgebungen der öffentlichen Meinung Rechnung tragen sollen.

Malvy erklärte Briand darauf, daß er mit seiner Partei beraten müsse, bevor er ihm die radikale Mitarbeit zusagen könne.

Die getrennt tagenden sozialistischen Gruppen übermittelten, offenbar in der Absicht, ihr gestriges brüskierendes Vorgehen gegen Herriot abzuschwächen, diesem eine einstimmig angenommene Sympathiekundgebung.

Zum Besuch Tschitscherins in Paris.

Paris, 27. November.

Zum Besuch Tschitscherins in Paris schreibt „Temps", es sei ganz logisch, daß Moskau in dem Augenblick sich neu orientiere, in dem die Abmachungen von Locarno die Grundlagen seiner außenpolitischen Stellung veränderten, und jetzt versuche, die seit langem schwebenden Fragen zu regeln, ohne deren Erledigung die Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen den beiden Ländern nicht die Wirkung haben werde, die man berechtigt sei, von ihr zu erwarten. Eine Verständigung könne sich aber nicht auf illusorischen Versprechungen und auf Zweideutigkeiten aufbauen. Sowjetrußland müsse die durch den russischen Staat zugunsten des ganzen russischen Volkes eingegangenen Schulden anerkennen und müsse die Gerechtigkeit, die es für sich selbst in Anspruch nehme, auch gegen sich gelten lassen, wenn es aus der politischen und wirtschaftlichen Isolierung herauskommen wolle, in der es seine letzten Kräfte erschöpfe. Auch müsse sich die Sowjetunion jeder direkten oder indirekten Ermutigung der kommunistischen Propaganda in den Ländern, mit denen sie Beziehungen habe, enthalten. Aus den Unterhaltungen, die gestern Tschitscherin am Quai d'Orsay gehabt habe, seien keine bestimmten Schlüsse zu ziehen. Vielleicht werde er in der Lage sein, wirkliche Verhandlungen anzuknüpfen, wenn er aus dem Süden Frankreichs zurückgekehrt sei, aber alles hänge von den Entschlüssen Moskaus ab.

Dominions und britische Seemacht.

Von

Kapitän zur See a. D. v. Waldeyer-Hartz.

Das führende Jahrbuch über britische Seeinteressen, Brassey's Naval Annual, wird im Jahre 1926 einen besonderen Beitrag enthalten, der sich mit der Frage befaßt, inwieweit sich die britischen Dominions an der Stärkung der Seemacht des Reiches zu beteiligen hätten. Admiral Jellicoe, der bekanntlich nach Kriegsende eine Reise um die Welt gemacht hat, um seestrategische Probleme zu studieren, wird in dieser Untersuchung, wie man jetzt schon rühmend hervorhebt, an erster Stelle zu Worte kommen.

Nach unserem Dafürhalten kann man durchaus im Zweifel darüber sein, ob die Tatsache, daß das Mutterland die Dominions immer dringender auffordert, zu den Kosten für die Flottenunterhaltung beizusteuern, großbritische Stärke verrät oder nicht. Jahrzehntelang, ja man möchte fast sagen, jahrhundertelang ist es Englands Politik gewesen, der Gebende zu sein, während die Kolonien nur als Nehmende zu gelten hatten, die sich völlig auf den Schutz verließen, den die rein-britische Flotte ihnen angedeihen ließ. Heute hat sich bereits das Bild nicht unerheblich verschoben. England hat den alten Stolz des uneingeschränkten Machtinhabers aufgegeben und nimmt es freudig an, wenn die Dominions entweder Mittel zum Ausbau der Reichsflotte beisteuern oder sich sogar eine eigene Flotte gründen. Im Unterhause hat man sich kürzlich über diese Frage unterhalten. Es wurde das Mißverhältnis zur Sprache gebracht, unter dem die Beteiligung der Dominions an den allgemeinen Flottenkosten stünde. Nicht zu verkennen war, daß man sich bei seiner Stellungnahme starke Zurückhaltung auferlegte, denn die Eigenart der Dominions irgendwie zu verletzen, wird in London peinlichst vermieden. New Zealand hat ein besonderes Lob bekommen. Man hat ihm bescheinigt, daß es für alle Fragen, die das Reichsinteresse angingen, ein ausgeprägtes Verantwortlichkeitsgefühl aufbringe. Der Vorgang, der hierzu geführt hat, ist der, daß sich eine Abordnung von Newzealändern unlängst zum Premierminister ihres Landes begeben hat, um ihm den Wunsch auszudrücken, die Beiträge für die Flottenrüstung müßten vermehrt werden. Das Land wünsche einen dritten Kreuzer in seiner Division zu sehen, vor allem im Hinblick auf die offenbare Schwäche Großbritanniens an Kreuzern. Kreuzer seien aber, dafür sprächen die Erfahrungen des Weltkrieges, der beste Schutz für den Ueberseehandel. Aus den Entgegnungen des Premierministers hat sich ergeben, daß New Zealand in diesem Jahre bereits fünfhunderttausend Pfund für die Flottenrüstungen beisteuerte, eine Summe, die sich von 1926 ab sogar auf sechshunderttausend Pfund erhöhen wird. Das sind nicht mehr und nicht weniger als neun Schilling auf den Kopf der Bevölkerung, eine recht beachtenswerte Belastung! Unter diesen Umständen hat der Premierminister geglaubt, es ablehnen zu müssen, eine weitere Steigerung unmittelbar in Aussicht stellen zu dürfen. Immerhin hat aber auch er unzweideutig versichert, daß von ihm aus alles geschehen würde, was in seinen Kräften stünde, um New Zealands Seemacht zu heben.

Wie steht es nun bei den anderen Dominions? Australien marschiert an der Spitze. Es verfügt bereits über sechs Kreuzer, einen Flotillenführer, elf Zerstörer, ein U-Boot und zahlreiche Hilfsschiffe, hat zurzeit zwei 10 000-Tonnen-Kreuzer auf britischen Werften in Auftrag gegeben — Fahrzeuge, die um 4000 Tonnen größer sind als die uns zugestandenen Kreuzerbauten — und baut selbst in Sydney Zerstörer sowie auch U-Boote. Letzteres verschweigt man in England gern. Ganz anders sieht es in Canada aus. Dort verhält man sich Flottenfragen gegenüber durchaus ablehnend. Der Grund wird darin zu erblicken sein, daß in Canada der Gedanke vorherrscht, der Schutz, den die Vereinigten Staaten von Amerika böten, sei leichter zu haben als eine Unterstützung durch britische Seestreitkräfte, ganz zu schweigen durch englisches Militär. In Canada findet man nur zwei vom Mutterlande geliehene Zerstörer, eine kleine Zahl von Depotschiffen und einige völlig wertlose kleinere Fahrzeuge, die im Grunde genommen nichts anderes wie Alteisen darstellen. Ein wenig günstiger sieht es in Südafrika aus. Zumindest nimmt man dort theoretisch regeren Anteil an den allgemeinen Seemachtfragen des Reiches. Unterstützungsgelder gehen aber auch von Südafrika nur sehr spärlich ein. Das Land verfügt über ein eigenes Schulschiff und etliche kleinere Kriegsfahrzeuge zu Minensuchzwecken. Die Folge ist, daß England, sehr zu seinem Leidwesen, vorläufig noch immer gezwungen bleibt, in Südafrika und Nordamerika aus eigener Tasche je ein Geschwader zu unterhalten. Um sich diese Kosten in Zukunft abzubürden, wird nichts unterlassen, um immer wieder darauf hinzuweisen, daß auch der südafrikanische und canadische Seehandel nicht unbedeutend